



Geschäftsführung
Ausschuss Schule und Weiterbildung

Frau Ullmann

Telefon: (0221) 221-21465

Fax: (0221) 221-29241

E-Mail: ramona.ullmann@stadt-koeln.de

Datum: 21.06.2019

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 06.05.2019, 15:00 Uhr bis 17:45 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU
Frau Anneliese Hauser	CDU
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Stefanie Ruffen	FDP

Beratende Mitglieder

Frau Lisa Hanna Gerlach	parteilos
Frau Stephanie Stangier	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Hildegard Fuhrmann	auf Vorschlag der SPD
Frau Dagmar Naegele	auf Vorschlag der SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	auf Vorschlag der CDU
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU
Herr Thomas Glowacki	auf Vorschlag der Grünen
Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag der Grünen
Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen

Herr Alexander Kau	auf Vorschlag der AfD
Frau Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP
Frau Stefanie Esser	Katholische Kirche
Frau Beate Grashof	Evangelische Kirche
Frau Carmen Schmitt	Evangelische Kirche
Herr Lutz Tempel	Stadtschulpflegschaft

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Silvia Behrendt	Stadtschulpflegschaft
----------------------	-----------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD	Entschuldigt.
------------------------------------	-----	---------------

Beratende Mitglieder

Herr Bodo Busch	auf Vorschlag der StadtAG LST	
Frau Malika Jakobs-Neumeier	auf Vorschlag der SPD	
Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag Die Linke	Entschuldigt.
Herr Dr. Felix Schotland	Synagogen-Gemeinde Köln	
Frau Sarah Niknamtavin	BezirksschülerInnenvertretung Köln	

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Michael Bold	Katholische Kirche
Herr Luis May	BezirksschülerInnenvertretung Köln

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein	Der Beigeordnete des Dezernats IV wird im Bereich Bildung durch Herrn Greitemann vertreten.
-----------------------------------	---

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Die Verwaltung teilt mit, dass zwei Ausgaben der Schulpost ausgelegt wurden. Herr Dr. Schlieben informiert die Mitglieder des Ausschusses, dass zu 17:00 Uhr drei neue Schulleitungen eingeladen sind.

Der Vorsitzende verpflichtet Frau Carmen Schmitt, die der Rat in seiner Sitzung am 04.04.2019 auf Vorschlag der Evangelischen Kirche als Mitglied in den Schulausschuss berufen hat. Sie ersetzt Frau Utta Brauweiler, die ihr Amt niedergelegt hat. Weiterhin verpflichtet der Vorsitzende Frau Stephanie Stangier, die der Rat in derselben Sitzung auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in den Schulausschuss berufen hat. Sie ersetzt die bereits ausgeschiedene Frau Annette Kellinghaus-Klingberg.

Die Verwaltung schlägt vor, die Mitteilung unter TOP 1.3.1 zusätzlich in die Tagesordnung aufzunehmen. Der Ausschuss beschließt die so geänderte Tagesordnung einstimmig.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Präsentation zu TOP 5.5 - Fertigstellung des Monitoring Stadtentwicklung Köln

1 Allgemeines

1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen

1.2 Gleichstellungsrelevante Themen

1.3 Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen

1.3.1 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau, TOP 1.3 1547/2019

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

3.1.1 Schulwegsicherung
AN/0251/2019

Schulwegsicherung
hier: Anfrage der FDP-Fraktion zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung am 18.03.2019, TOP 3.2.2 0960/2019

3.2 Neue Anfragen

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 Errichtung eines Neubaus mit Dreifeldsporthalle für die Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule am Standort Ossietzkystr., Köln-Longerich

hier: Einrichtung und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplanes 0301, Schulträgeraufgaben, in Teilplanzeile 9, Auszah-

lung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei 4014-0301-5-1124.

Einrichtungs- und Mittelfreigabebeschluss
1315/2019

5 Mitteilungen

- 5.1 Ergebnisbericht Jugendbefragung
0715/2019
- 5.2 Realisierbarkeit einer Zweifachsporthalle am Grundschulstandort Thessaloniki-Allee, Köln-Kalk - zu 0276/2017
0744/2019
- 5.3 Sonderprogramm Maßnahmenpaket Schulbau GU/TU - Baubeschluss zum Neubau einer Erweiterung am Hildegard-von-Bingen-Gymnasium, Leybergstraße 1 in 50939 Köln durch einen Generalunternehmer - Vorlage 0459/2019
0991/2019
- 5.4 Mitteilung Sachstand Breitbandkoordination
1030/2019
- 5.5 Fertigstellung des Monitoring Stadtentwicklung Köln
2001/2018
- 5.6 Offene Ganztagschule im Primarbereich - Bedarfssituation im Schuljahr 2019/2020
0542/2019
- 5.7 ZMI - Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration: Veröffentlichung des ZMI Magazins 2018 und Kölner Sprachfest 2019
0660/2019
- 5.8 Familienfreundliches Köln - Kita-Ausbau in Köln stärken
Dokumentation der Fortschritte in den einzelnen Handlungsfeldern
0521/2019
- 5.9 Sachstandsbericht für das Jahr 2018 bezüglich der Umsetzung des Landesförderprogramms "Gute Schule 2020"
1313/2019
- 5.10 24. Bericht über die Situation Geflüchteter
1370/2019
- 5.11 Sachstand zur Sanierung von Schultoiletten - zu AN/1515/2017 (Beschluss des Finanzausschusses vom 13.10.2017) und AN/1380/2018 (Beschluss des Finanzausschusses vom 08.10.2018)
0970/2019

6 Anfragen

7 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

Präsentation zu TOP 5.5 - Fertigstellung des Monitoring Stadtentwicklung Köln

- 1 Allgemeines**
- 1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen**
- 1.2 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 1.3 Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen**
- 1.3.1 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau, TOP 1.3 1547/2019**

Herr Philippi, SPD-Fraktion, bittet den Dezernenten um einen Sachstand bezüglich der Sanierung des Schulgebäudes an der Overbeckstraße. Er habe der Tagespresse entnommen, dass es Probleme mit den Sanierungsarbeiten gebe.

Herr Greitemann sagt einen Sachstandsbericht der Gebäudewirtschaft zu. Dieser wird dem Protokoll angefügt.

Ergänzung:

Sachstandsbericht der Gebäudewirtschaft zur Sanierung des Schulgebäudes an der Overbeckstraße

„Die ursprünglich beauftragte Fassadenputzfirma hat mehrere Vorgaben aus dem Leistungsverzeichnis nicht beachtet, sodass ihr der Auftrag entzogen wurde. Ein Sachverständiger hat die Arbeiten begutachtet. Die Verwaltung prüft, ob ein Regressverfahren möglich ist.

Eine andere Firma wurde mit der Fortführung der Arbeiten beauftragt und hat bereits mit der Umsetzung angefangen, damit der Gesamtfertigstellungstermin im Oktober noch zu halten ist.“

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, beklagt, dass wegen des Denkmalschutzes kein ausreichender Sonnenschutz an der Gemeinschaftsgrundschule Bachemer Straße angebracht werden könne. Sie möchte wissen, inwiefern die Interessen der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte gegen den Denkmalschutz abgewogen werden.

Herr Greitemann wird dieses Problem intern erörtern.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

**3.1.1 Schulwegsicherung
AN/0251/2019**

Schulwegsicherung

**hier: Anfrage der FDP-Fraktion zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung am 18.03.2019, TOP 3.2.2
0960/2019**

Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, beklagt, dass beantragte Schulwegsicherungsmaßnahmen mit dem Verweis auf die Straßenverkehrsordnung von der Verwaltung abgelehnt würden. Sie wünsche sich mehr Kreativität bei der Suche nach Lösungsmöglichkeiten.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, regt an, die Schulen dazu aufzufordern, die Elternschaft bei der Bildung von Fahrgemeinschaften zu unterstützen. Durch die verschärften Datenschutzregelungen sei die Organisation sehr mühsam.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, unterstreicht die hohe Bedeutung der Schulwegsicherung und fordert dazu auf, diese sehr ernst zu nehmen.

Frau Hölzing fragt, ob der Einsatz von Schülerlotsen möglich sei.

Frau Heuer bekräftigt die große Bedeutung der Schulwegsicherung. Sie sei eine Generalie des Schulamtes für die Stadt Köln, mit der eine Schulrätin betraut sei. In einem Arbeitskreis beim Amt für Straßen- und Verkehrsentwicklung, an dem auch eine Vertreterin des Arbeitskreises der Schulleitungen teilnehme, werde derzeit ein Mobilitätskonzept für Fußgänger erarbeitet.

Frau Heuer erklärt, dass Schülerlotsen auf Initiative der Schulen mit Unterstützung der Verkehrswacht eingesetzt werden können. Allerdings gelte dies ausschließlich für Grundschulen.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, verweist auf einen Beschluss des Verkehrsausschusses zum Thema Schulwegsicherung. Herr Kockerbeck regt an, einen entsprechenden Arbeitskreis im Verkehrsamt zu bilden.

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

3.2 Neue Anfragen

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 Errichtung eines Neubaus mit Dreifeldsporthalle für die Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule am Standort Ossietzkystr., Köln-Longerich

hier: Einrichtung und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplanes 0301, Schulträgeraufgaben, in Teilplanzeile 9, Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei 4014-0301-5-1124.

Einrichtungs- und Mittelfreigabebeschluss 1315/2019

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Rat beschließt im Haushaltsjahr 2019 die Einrichtung des Neubaus mit Dreifeldsporthalle für die Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule am Standort Ossietzkystr., Köln-Longerich mit Gesamtkosten in Höhe von rd. 4,1 Mio. € mit gleichzeitiger investiver Mittelfreigabe in Höhe von 1,5 Mio. € im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben, in Teilplanzeile 9, Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4014-0301-5-1124.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

5 Mitteilungen

5.1 Ergebnisbericht Jugendbefragung 0715/2019

Herr Dr. Zimmermann, CDU-Fraktion, dankt für den Bericht und fragt, wann mit einer Mitteilung zu Schlussfolgerungen beziehungsweise konkreten Maßnahmen, die aus dem Bericht abgeleitet werden können, gerechnet werden kann.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, dankt der Verwaltung für den vorgelegten Bericht. Sie wundere sich über die, aus ihrer Sicht, relativ geringe Beteiligung. Frau Ruffen möchte wissen, wie die Jugendlichen kontaktiert worden sind und fordert dazu auf, weitere Kontaktmöglichkeiten zu prüfen, um bei der nächsten Befragung eine höhere Beteiligung zu erzielen.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, zeigt sich über die hohen Zustimmungswerte der Jugendlichen zur Stadt Köln und ihren Institutionen erfreut. Dieses positive Ergebnis solle vom Schulausschuss gewürdigt und kommuniziert werden. Nach seinem Verständnis ist die Umfrage als repräsentativ zu werten.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, weist darauf hin, dass sich Jugendliche von den Schulen eine Vorbereitung auf das Leben wünschen. Sie gaben an, über lebensprak-

tische Themen, wie zum Beispiel das Erstellen einer Steuererklärung, aufgeklärt werden zu wollen. Frau Nessler-Komp fragt, ob diese Erkenntnis angemessen an die entsprechenden Stellen weitergegeben werde.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, merkt an, dass die Schülerinnen und Schüler angeben, an der Gestaltung der Schulen mitwirken zu wollen. Er fragt, ob es bereits ein entsprechendes Gremium gebe, das die Beteiligung ermögliche oder ob geplant sei, ein solches einzurichten.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, weist darauf hin, dass das große Interesse der Jugendlichen an politischen Themen im Widerspruch zu deren tatsächlicher Partizipation stehe. Die Schülerinnen und Schüler müssten mehr darin unterstützt werden, ihre Beteiligungsmöglichkeiten zu nutzen.

Herr Pfeuffer berichtet, dass die Jugendbefragung online und in Papierform durchgeführt worden sei. Die Kosten beliefen sich inklusive Werbekosten sowie dem Druck des Ergebnisberichts auf circa 30.000 Euro. Die Verwaltung sei entschlossen, die gewonnenen Erkenntnisse zu nutzen und in Maßnahmen umzusetzen. Diskussionsergebnisse zur Jugendbefragung aus politischen Gremien und Arbeitskreisen werden im Kontext der Kinder- und Jugendförderplanung sowie im Rahmen der Kölner Stadtstrategie 2030 Berücksichtigung finden. 5000 Teilnehmende seien ein sehr gutes Ergebnis, das belastbare Rückschlüsse zulasse. Der Wunsch der Jugendlichen auf lebenspraktische Themen vorbereitet zu werden, solle berücksichtigt werden. Die Verwaltung werde hierzu das Gespräch mit der unteren Schulaufsicht, der Bezirksregierung sowie weiteren relevanten Akteuren suchen.

Zur Partizipation der Schülerinnen und Schüler an der Gestaltung der Kölner Schulen führt Herr Gräbener aus, dass das Kollegium sowie die Schülerschaft bei der Planung von Neu- und Erweiterungsbauten beteiligt werden. Um die Umsetzung der Bauvorhaben nicht unnötig zu verzögern, finde ein komprimiertes Beteiligungsverfahren in Form von Workshops statt. Im Rahmen des Projektes Gute Schule seien zahlreiche Vorschläge der Schülerschaft, insbesondere zur Gestaltung der Schulhöfe, über die Schülervvertretung und die Schulleitungen an die Verwaltung herangetragen worden.

Herr Greitemann sieht das Ergebnis ebenfalls positiv und es sei ein gutes Zeichen, dass die Jugendlichen gerne in Köln leben. Er teilt mit, dass der Fokus der Verwaltung auf dem Schul- und Wohnungsbau sowie dem Kitabau liege. Im vergangenen Jahr seien Strukturen geschaffen worden, die bestehende Schwachstellen beheben sollen. Hier seien besonders das Aktionsbündnis Schulbau sowie die Arbeitsgruppe G9 hervorzuheben. Die Verwaltung sei sehr bemüht, geplante Baumaßnahmen umzusetzen, treffe aber auf einen sehr dichten Markt, der dies erschwere.

Frau Scho-Antwerpes, SPD-Fraktion, lobt die Teilnahme des Bau-Dezernenten an der Sitzung des Schulausschusses sowie die gute Zusammenarbeit zwischen dem Bau- und dem Schuldezernat.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.2 Realisierbarkeit einer Zweifachsporthalle am Grundschulstandort Thesaloniki-Allee, Köln-Kalk - zu 0276/2017 0744/2019

Herr Philippi, SPD-Fraktion, zitiert aus dem dritten Absatz der Mitteilung, dass „die Festsetzungen [...] dort eine geschlossene Bauweise und Baugrenzen vor[geben], die mit einer Zweifachsporthalle nicht eingehalten werden können“. Für ihn sei nicht nachvollziehbar, dass die Bauweise die Sport- und Bewegungsmöglichkeiten für Kalker Kinder limitiere. Er möchte wissen, ob die geschlossene Bauweise zwingend sei oder ob der Bebauungsplan geändert werden könne. Weiterhin fragt er nach der Gewichtung der unterschiedlichen Interessen. Seiner Einschätzung nach müsse die Realisierung der Zweifachsporthalle gegenüber der Bauweise prioritär behandelt werden.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, wundert sich darüber, dass der Standort zunächst als geeignet galt und erst die tiefergehende Planung ergab, dass Festsetzungen des Bebauungsplans die Errichtung einer Zweifachsporthalle nicht zulassen. Aus ihrer fachlichen Sicht sei nicht nachvollziehbar, warum die Überprüfung der Zulässigkeit des Bauvorhabens anhand des Bebauungsplans erst so spät erfolgte. Frau Ruffen fragt, ob alternative Realisierungsmöglichkeiten geprüft wurden. Beispielhaft nennt sie eine unterirdische oder halb eingebaute Sporthalle.

Herr Greitemann dankt den Ausschussmitgliedern für ihre Nachfragen und begründet die Entscheidung für eine Einfachsporthalle. Er erläutert, dass durch den Bereich Schulbau zunächst der Bedarf festgestellt und die grundsätzliche Realisierbarkeit geprüft wurde. Es folgte eine Machbarkeitsstudie im Jahre 2010, die seinerzeit noch von einer Einfachhalle ausging. Nach dem Beschluss des Rates zur grundsätzlichen Schaffung von Zweifachsporthallen im Juni 2016 wurde geprüft, ob dies auch auf diesem Grundstück möglich ist. Es erfolgte eine vertiefte Prüfung im Baudezernat unter Einbeziehung der zuständigen Planungsämter. Im Ergebnis kann die Zweifachsporthalle wegen der Vorgaben des Bebauungsplans an diesem Schulstandort leider nicht realisiert werden.

Das Verfahren wurde in der Zwischenzeit grundsätzlich optimiert. Der Bedarf werde mittlerweile beim Baudezernat angemeldet. Dieses prüfe mögliche Grundstücke unmittelbar anhand des Bebauungsplans, so dass sehr frühzeitig Ergebnisse zur planungsrechtlichen Zulässigkeit in den weiteren Entscheidungsprozess einbezogen werden können. Für die Realisierung einer Zweifachsporthalle hätte der Bebauungsplan geändert werden müssen. Dies hätte voraussichtlich drei Jahre gedauert. Herr Greitemann habe daher entscheiden müssen, ob zeitnah eine Einfachsporthalle in Betrieb genommen werden könne oder ob sich das gesamte Verfahren stark verzögert. Er habe daher bewusst die Entscheidung getroffen, sofort zu bauen.

Alternative Möglichkeiten, wie zum Beispiel die unterirdische Errichtung der Zweifachsporthalle, seien geprüft worden. Aufgrund der entstehenden Kosten und der zu erwartenden, verlängerten Bauphase habe sich Herr Greitemann gegen die Alternativen entschieden.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.3 Sonderprogramm Maßnahmenpaket Schulbau GU/TU - Baubeschluss zum Neubau einer Erweiterung am Hildegard-von-Bingen-Gymnasium, Leybergstraße 1 in 50939 Köln durch einen Generalunternehmer - Vorlage 0459/2019
0991/2019**

Herr Dr. Zimmermann, CDU-Fraktion, begrüßt den Baubeschluss. Er fragt, ob die Verwaltung derart Einfluss auf die Personalauswahl der Bezirksregierung nehmen könne, dass ein Wechsel der Schulleitung nicht zum Abbruch begonnener Projekte, wie zum Beispiel NRW Sportschule, führen würde.

Frau Heuer berichtet, dass es hinsichtlich der Personalsituation eine sehr enge Abstimmung mit der Bezirksregierung gegeben habe. Ziel der Verwaltung sei die Fortführung der NRW Sportschule Köln. Die Entscheidung darüber treffe die Schulkonferenz, die hinsichtlich ihrer Entscheidung autonom ist. Entscheide sich die Schulkonferenz gegen die Fortführung eines Projektes, könne die Stadt dessen Fortsetzung nicht einfordern.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.4 Mitteilung Sachstand Breitbandkoordination
1030/2019**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.5 Fertigstellung des Monitoring Stadtentwicklung Köln
2001/2018**

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Schlieben nach dem verwendeten Marker für negative Entwicklungen erklärt Herr Dick, dass unter Berücksichtigung von Standardabweichungen eine für Monitoringberichte gängige Grenze ausgewählt wurde, die für alle Indikatoren gleich gesetzt worden sei.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, möchte wissen, ob die Ergebnisse für die Stadt Köln mit den Werten anderer Städte bzw. landes- oder bundesweit ermittelten Zahlen verglichen werden.

Herr Dick erläutert, dass sich das präsentierte Monitoring ausschließlich auf die Stadt Köln bezieht und sich dabei am gesamtstädtischen Durchschnittswert orientiert. Eine Einordnung in einen größeren Kontext werde im Bericht vorgenommen.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, spricht die Problematik fehlender Daten an.

Herr Dick bestätigt, dass Datenlücken die Arbeit erschweren. Für das Monitoring seien alle verfügbaren Daten so umfassend wie möglich ausgewertet worden. Er berichtet, dass der Lebenslagenbericht der Stadt Köln explizit auf Datenlücken hinweise. Dies könne Anreize schaffen, fehlendes Datenmaterial zu erfassen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ist über die Aussage, für die Versorgungsquote OGS sei keine Datengrundlage verfügbar (Abbildung 11), erstaunt.

Herr Dick erläutert, dass die Farbe grau nicht bedeute, dass keine Daten verfügbar seien. Vielmehr müssten die Versorgungsquoten OGS noch ausgewertet bzw. abgestimmt werden.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, fragt, welcher Zusammenhang zwischen dem Bildungsbericht und dem Monitoringbericht Stadtentwicklung Köln besteht.

Herr Pfeuffer erklärt, dass sich beide Berichte ergänzen. Während der Bildungsbericht den Fokus auf Institutionen, das heißt Schulen und Schulformen, lege, betrachte der Monitoringbericht Stadtteile und Sozialräume, in denen sich die Schulen befinden. Durch die gemeinsame Betrachtung könnten wechselseitige Auswirkungen erkannt und notwendige Maßnahmen entwickelt werden.

Herr Wirth, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, weist darauf hin, dass der Vergleich der Entwicklungsperspektive eines Stadtteils zur gesamtstädtischen Entwicklung, dazu führen kann, dass ein sich positiv entwickelnder Stadtteil im Monitoringbericht mit einer negativen Entwicklungsperspektive abgebildet wird. Hinsichtlich der Haupt- und Förderschulen möchte Herr Wirth wissen, ob sich die Daten auf die Schulen oder die Herkunft der Kinder beziehen.

Herr Dick bestätigt Herrn Wirths Einschätzung bezüglich des Entwicklungstrends, weist aber darauf hin, dass die zugrundeliegenden Daten mit betrachtet werden sollten. Er erläutert, dass Schülerwohnortdaten verwendet worden seien.

Frau Naegele, SPD-Fraktion, fragt, ob bestimmte Indikatoren, wie z. B. Arbeitslosigkeit, ermittelt werden konnten, die sich besonders stark auf die Entwicklung eines Stadtteils auswirken.

Herr Dick erklärt, dass die einzelnen Indikatoren isoliert voneinander betrachtet und dargestellt wurden. Eine Gewichtung der Indikatoren sei nicht erfolgt.

Frau Hauser, CDU-Fraktion, erkundigt sich nach der Datenherkunft übergewichtiger Kinder in der Abbildung 11.

Herr Dick berichtet, dass diese aus der Schuleingangsuntersuchung stammen.

Herr Greitemann erklärt, dass die Verwaltung die Korrelationen der einzelnen Indikatoren auswerten und entsprechende Maßnahmen erörtern werde. Er mahnt dazu, den Monitoringbericht verantwortungsbewusst zu nutzen und einzelne Daten nicht für politische Zwecke zu instrumentalisieren.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.6 Offene Ganztagschule im Primarbereich - Bedarfssituation im Schuljahr 2019/2020 0542/2019

Herr Philippi, SPD-Fraktion, wünscht sich neben der Abfrage des Bestands eine Abfrage des tatsächlichen Bedarfs an OGS-Plätzen. Er regt an, ein Ganztagsbauprogramm aufzulegen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fordert dazu auf, eine Angebotspolitik zu betreiben. Es solle nicht nur der Bedarf abgefragt werden, sondern ein attraktives

Ganztagsangebot bereitgestellt werden, um auch Eltern zu erreichen, die bisher nicht auf die Offene Ganztagschule zurückgreifen.

Frau Nesseler-Komp, CDU-Fraktion, fragt, ob die Anmietung externer Räume bereits geprüft wurde. Weiterhin möchte sie wissen, wie die Verwaltung damit umgeht, dass Eltern den bei der Schulanmeldung angezeigten Ganztagsbedarf zum Zeitpunkt des Schulbeginns nicht mehr geltend machen.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, dankt der Verwaltung für die Mitteilung. Ihm sei aufgefallen, dass besonders an rechtsrheinisch gelegenen Schulen der Bedarf an OGS-Plätzen nicht gedeckt sei. Eine mögliche Ursache sieht er darin, dass OGS-Plätze nur eingerichtet werden, wenn diese aktiv von den Eltern eingefordert werden. Insbesondere im rechtsrheinischen Bereich sei daher eine angebotsorientierte Politik erforderlich.

In der städtischen Baustrategie vermisst Herr Kockerbeck die Reform der Gebäudewirtschaft. Um das öffentliche Bauen zu stärken, müssten die entsprechenden städtischen Strukturen geschaffen werden.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, merkt mit Blick auf die Mensa-Situation an, dass Essen mehr als Nahrungsaufnahme sei. Den Schülerinnen und Schülern sollte auch eine Essenskultur vermittelt werden. Er möchte wissen, inwiefern dies bei der Planung berücksichtigt werde.

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bittet Herrn Greitemann, die Ausführungen zur Notwendigkeit eines spezifischen Bauprogramms für den Offenen Ganztags zu erläutern. Frau Kessing möchte wissen, ob es sich dabei um eine Idee handelt oder ob es bereits konkrete Planungen gibt.

Herr Tempel, Stadtschulpflegschaft, sieht den Gleichheitsgrundsatz durch das ungleichmäßige Angebot an OGS-Plätzen verletzt. Er fordert, den Offenen Ganztags insbesondere in den rechtsrheinischen Bereichen zu stärken.

Frau Heuer erinnert daran, dass bereits in den Anfängen darauf hingewiesen worden sei, dass der Offene Ganztags nicht nur der Vereinbarkeit von Familie und Beruf diene, sondern insbesondere in schwächeren Stadtteilen auch einen bildungspolitischen Auftrag verfolge. In der Vergangenheit sei die Anzahl der OGS-Plätze im Bestand erhöht worden. Neben dem quantitativen Ausbau, sei dies in Zusammenarbeit mit den Schulen und der Schulaufsicht durch die Überarbeitung pädagogischer Konzepte möglich gewesen. Mittlerweile würden die Kapazitätsgrenzen im Bestand erreicht. Das Amt für Schulentwicklung fordere daher ein Bauprogramm des Landes.

Hinsichtlich der städtischen Baustrategie erläutert Herr Greitemann, dass so viele Projekte wie möglich mit städtischem Personal umgesetzt werden sollen. Aufgrund der personellen Ausstattung könne die Gebäudewirtschaft derzeit nur eine projektleitende Bauherrenfunktion wahrnehmen. Bis die Vakanzen in der Gebäudewirtschaft besetzt sind, seien sog. Beistrategien, d.h. der Zukauf externer Dienstleistungen, erforderlich. Um die aktuellen Auftragsspitzen auffangen zu können, sollen die Einzelvergaben durch GU/TU-Pakete beziehungsweise Investoren ersetzt werden. In 10-15 Jahren soll die Gebäudewirtschaft strukturell so aufgestellt sein, dass regelmäßige Instandhaltungszyklen durchlaufen werden können.

Frau Hauser, CDU-Fraktion, weist darauf hin, dass beim Ausbau des Offenen Ganztags trotz der gebotenen Eile Qualitätsstandards gelten müssen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.7 ZMI - Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration: Veröffentlichung des ZMI Magazins 2018 und Kölner Sprachfest 2019
0660/2019**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.8 Familienfreundliches Köln - Kita-Ausbau in Köln stärken
Dokumentation der Fortschritte in den einzelnen Handlungsfeldern
0521/2019**

Herr Philippi, SPD-Fraktion, berichtet, dass die SPD-Fraktion mit der Beantwortung unzufrieden sei. Hinsichtlich des Handlungsfelds Schule sei die erste Frage zu knapp und die zweite Frage nicht beantwortet worden.

Frau Nesseler-Komp, CDU-Fraktion, möchte wissen, wie es zu verstehen sei, dass bei zukünftigen Bau- und Planungsvorhaben von Schulen die Berücksichtigung von Kindertagesstätten als Synergieeffekt mitgedacht und geprüft wird.

Frau Heuer erläutert, dass der Schulbau im Amt für Schulentwicklung und der Kitabau im Jugendamt angesiedelt seien. In der Vergangenheit habe sich gezeigt, dass eine institutionelle Zusammenführung beider Bereiche aufgrund der sehr spezifischen Bauarten nicht sinnvoll sei. Dennoch bestehe zwischen beiden Ämtern ein Austausch in dessen Rahmen Synergieeffekte geprüft werden.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.9 Sachstandsbericht für das Jahr 2018 bezüglich der Umsetzung des Landesförderprogramms "Gute Schule 2020"
1313/2019**

Herr Dr. Schlieben betont, dass die Stadt Köln entgegen anders lautender Pressemitteilungen sämtliche Fördermittel abgerufen habe. Er lobt, dass mithilfe des Sachstandsberichts die genaue Mittelverwendung nachvollzogen werden kann.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, dankt der Verwaltung für die Mitteilung. Sie erinnert daran, dass Schulen mit einem Medienkonzept vorrangig eine digitale Ausstattung erhalten sollten. Sie möchte wissen, ob dies umgesetzt wurde.

Frau Heuer berichtet, dass mittlerweile alle Schulen über ein Medienkonzept verfügen müssen. Verzögerungen bei der Umsetzung seien unter anderem den Rahmenvertragsbedingungen, der Windows 10-Migration sowie den technischen Voraussetzungen in den Schulen geschuldet.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.10 24. Bericht über die Situation Geflüchteter 1370/2019

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.11 Sachstand zur Sanierung von Schultoiletten - zu AN/1515/2017 (Be- schluss des Finanzausschusses vom 13.10.2017) und AN/1380/2018 (Be- schluss des Finanzausschusses vom 08.10.2018) 0970/2019

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, möchte wissen, warum von den geplanten zehn Sanierungsmaßnahmen lediglich eine in 2018 abgeschlossen werden konnte.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, weist darauf hin, dass die Anlage 1 der Mitteilung einige Gründe für die Verzögerung benennt. Im Ergebnis sei die Planung und Umsetzung unglücklich gelaufen.

Herr Greitemann berichtet, dass die Ausschreibungsphase wegen der fehlenden Personalausstattung der Gebäudewirtschaft erst im dritten Quartal des Jahres 2018 begonnen werden konnte. Mittlerweile sei der Personalbestand erhöht worden. Als Konsequenz aus der unbefriedigenden Umsetzung der Schultoilettenanierung sollte zukünftig darauf geachtet werden, die Kosten zu spezifizieren. Er schlägt vor, für das erste Jahr die Planungs- und für das zweite Jahr die Baukosten zu veranschlagen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, berichtet, dass er gehört habe, dass Doppelprüfungen durch das Vergabeamt zu Verzögerungen führen.

Herr Greitemann widerspricht deutlich. Die Vergabestelle und die Gebäudewirtschaft seien Partner, die auf eine wechselseitige Zusammenarbeit angewiesen seien.

Frau Behrendt, Stadtschulpflegschaft, dankt für die Sanierung der Schultoilette der KGS Grüngürtelschule. Die Verzögerungen in der Umsetzung hätten viel Verständnis von der Elternschaft gefordert, aber man freue sich nun über die sanierte Toilettenanlage.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6 Anfragen

6.1 Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, möchte wissen, ob die 5 % der Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, auf einem anderen Bildungsweg noch einen Abschluss erreichen.

6.2 Weiterhin fragt Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, wie weit die Planungen zur Einrichtung eines Standortes der Rheinischen Musikschule in Chorweiler vorangeschritten sind.

Die Verwaltung wird die Anfragen schriftlich beantworten.

6.3 Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, richtet eine Anfrage der Bezirksvertretung Nippes hinsichtlich der Sanierung der Edith-Stein-Realschule Köln sowie des Baus einer Drei-

fachsporthalle an die Verwaltung. Geplant seien die Sanierung der Schule und der Bau einer Dreifachsporthalle. Die Verwaltung habe mitgeteilt, dass der Bau der Sporthalle nur auf dem jetzigen Gelände der Aula möglich sei. Die BV-Vertreter fordern die Aula zu erhalten, da diese nicht nur zu schulischen sondern auch kulturellen Zwecken der Bevölkerung genutzt werde. Bei ersten Planungsüberlegungen zur Errichtung einer Dreifachsporthalle sei von der Beibehaltung der Aula ausgegangen worden. Darüber hinaus fordert die BV Nippes die Verwaltung auf, die Schule ohne Verzögerung zu sanieren. Bei den bestehenden Schäden sei die Beschulung nur mit erheblichen Belastungen möglich. Die Situation sei der Verwaltung mehrfach durch den Schulleiter sowie die Vertreter aus BV und Rat geschildert worden. Die BV Nippes kritisiere darüber hinaus die Kommunikation mit der Verwaltung. Die Mitglieder der BV fühlten sich durch die Aussage, dass bei einer Ablehnung der Verwaltungsvorlage mit einer Neuplanung begonnen werden müsse, wodurch sich die Maßnahme um ein Jahrzehnt verschieben würde, stark unter Druck gesetzt.

Die BV Nippes bittet um Mitteilung, wie ihre Interessen angemessen berücksichtigt werden können.

Die Mitglieder der BV-Nippes regen an, dass die Verwaltung bei zukünftigen Planungen den Dialog mit der BV suchen möge, um mögliche Missverständnisse zu vermeiden.

Die Verwaltung wird die Anfrage schriftlich beantworten.

6.4 Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, berichtet, dass die Schulentwicklungsplanung vorsehe, die Katholische Hauptschule Bülowstraße zu verlagern. Als neuer Standort sei die Dagobertstraße vorgesehen. Die frei werdenden Räume solle das Leonardo Da Vinci-Gymnasium erhalten. Aufgrund der steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen an der Grundschule Bülowstraße erachten es die Vertreter der BV Nippes als notwendig, einige der frei werdenden Räume für die Grundschule Bülowstraße bereitzustellen. Die Mitglieder der BV Nippes bitten um Informationen zum derzeitigen Entwicklungsstand, auch unter dem Aspekt, dass die Grundschule bei wachsenden Schülerinnen- und Schülerzahlen weitere Räume benötigen wird.

Frau Heuer erläutert, dass die bisherigen Planungen davon ausgehen, dass das Leonardo Da Vinci Gymnasium alle frei werdenden Räume benötigt. Frau Heuer sichert zu, gemeinsam mit der Grundschule und dem Gymnasium zu prüfen, welche Räume ggf. von der Grundschule genutzt werden können.

6.5 Frau Hölzing berichtet, dass nach abgeschlossenen Baumaßnahmen an der Hauptschule Tiefentalstraße ein verbliebener Bauzaun verhindert, dass der Bolzplatz genutzt werden kann. Sie bittet um Klärung des Sachverhalts und Entfernung des Zauns, sofern möglich.

6.6 Herr Philippi, SPD-Fraktion, stellt eine Anfrage hinsichtlich der räumlichen und baulichen Situation an der GGS Europaring.

1. Trifft es zu, dass die bauliche/technische Ausstattung an der GGS Europaring bereichsweise (z.B. elektrische Anlagen, Beleuchtung, Heizungs- und Sanitäreinrichtungen) sanierungs- und erneuerungsbedürftig ist und geplante Maßnahmen nur langsam vorankommen? Wenn ja: wann kann die Schule mit entsprechenden Maßnahmen zur Verbesserung der Situation rechnen?

2. Im Ganztags werden inzwischen 130 Kinder in 5 Gruppen, teils parallel zum Unterricht, betreut. Die Abdeckung liegt somit unterdurchschnittlich bei 65 % der Kinder. Mehr ist im Raumbestand nicht realisierbar. Dies ist im Hinblick auf den Sozialindex/Sozialraum nicht hinnehmbar. Dies geschieht auf einer vergleichsweise kleinen

Fläche (Küche, Mensa, OGS-Raum). Die Mahlzeiten werden in vier Schichten eingenommen; möglicherweise müssen im kommenden Schuljahr erstmalig eine große Anzahl von Anmeldungen zurückgewiesen werden. Welche Möglichkeiten und Perspektiven sieht die Verwaltung, etwa durch die Errichtung eines Erweiterungsbaus den Ablauf und die Qualität im Betrieb des OGS-Bereichs nachhaltig zu sichern und zu verbessern?

Die Verwaltung wird die Anfrage schriftlich beantworten.

6.7 Herr Philippi, SPD-Fraktion, hat vom Verein mittendrin e.V. erfahren, dass Förderkinder mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung aus dem Stadtbezirk Porz in Rodenkirchen unterrichtet werden sollen. Er fragt, ob für diesen Fall ein Fahrdienst für die betroffenen Kinder eingerichtet werden würde.

Frau Heuer erläutert, dass jeder Fall einzeln anhand der Schülerfahrkostenverordnung geprüft werden müsse. Eine pauschale Aussage könne nicht getroffen werden.

6.8 Frau Riedel, CDU-Fraktion, möchte wissen, wie hoch die Übergangsquote von der Sekundarstufe I zur Sekundarstufe II intern und an andere Schulen ist. Dies sei eine wichtige Planungsgröße für die Berufskollegs.

Die Verwaltung wird die Anfrage schriftlich beantworten.

7 Verschiedenes

Köln, den 21.06.2019

gez.

Dr. Schlieben

Vorsitzender

Ullmann

Schriftführerin